

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E2_14/2

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe FU Berlin

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **E2_14/2 Demokratische Standards statt Dere-** 6 **gulierung und Ökonomisierung - TTIP, CETA** 7 **und TISA stoppen!**

8

9 Die transnationale Liberalisierung des Handels findet derzeit ihren Höhepunkt: Die EU und die
10 USA planen, mit dem Transatlantic Trade and Investment Partnership-Vertrag (TTIP) die größte
11 Freihandelszone der Welt zu schaffen. Unterdessen steht das sehr ähnliche Abkommen mit Kana-
12 da Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) kurz vor dem Abschluss, so befindet
13 sich der abgeschlossene Vertragstext gerade in der Übersetzungsphase. Darüber hinaus ist das
14 plurilaterale Abkommen Trade in Service Agreement (TISA) aktuell im Gespräch.

15

16 **Deregulierung öffentlicher Daseinsvorsorge**

17 Für uns ist Freihandel wie in TTIP, CETA und TISA fokussiert kein erstrebenswertes Ziel. Der Ab-
18 bau sogenannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse stellt für uns ein Untergraben demokratischer
19 Grundsätze dar. Das Primat des Staates über Kapitalinteressen darf durch internationale Abkom-
20 men nicht angetastet werden.

21

22 TTIP und CETA verschärfen die Tendenzen vieler vorangegangener Freihandelsabkommen wie des
23 GATTs. Unter dem Stichwort Investitionsschutz wird die staatliche Handhabe gegenüber Unter-
24 nehmen massiv eingeschränkt. Es ist beispielsweise geplant, Investor*innen die Möglichkeit zu
25 geben, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen, sollte ihr erwarteter Profit aufgrund
26 staatlichen Handelns sinken. Das in TTIP verankerte Gleichbehandlungsgebot verbietet den Staa-
27 ten, verschiedene Marktteilnehmer*innen unterschiedlich zu behandeln. Konkret bedeutet das,
28 dass alle Privilegien und Subventionierungen von öffentlichen Dienstleistungen bei einer Ratifi-
29 zierung auf den Prüfstand kommen müssten.

30

31 Die öffentliche Daseinsvorsorge genießt in Europa jedoch zu Recht einen besonders hohen Stel-
32 lenwert, weshalb es gilt, diesen zu stärken und zu schützen. Negativlisten mit Stillstands- und
33 Einrastklauseln, wobei einmal liberalisierte und privatisierte Bereiche nicht in die öffentliche
34 Hand rückführbar sind, stellen den Markt über den Staat. Damit wird die gesetzgeberische Kom-

35 petenz zugunsten des liberalen Markts abgegeben. Diese zutiefst undemokratische Entwicklung
36 lehnen wir ab!

37 Zwar werden im TTIP-Verhandlungsmandat öffentliche Dienstleistungen, die „in Ausübung ho-
38 heitlicher Gewalt“ ausgeübt werden, vom Vertrag nicht erfasst. Jedoch hat die EU-Kommission
39 schon vor längerer Zeit eingeräumt, dass diese Klausel aufgrund ihrer engen Definition der Diens-
40 te, die sich für einen Ausschluss qualifizieren, keinen Schutz für öffentliche Dienstleistungen
41 darstellt.

42

43 **Deregulierung des Bildungs- und Wissenschaftsbereichs**

44 Von dieser absehbaren Entwicklung wären auch Hochschulen und andere Bildungsträger betrof-
45 fen:

46

47 Bisher existieren hohe rechtliche Hürden, für die Errichtung von Bildungsinstitutionen in der
48 Bundesrepublik. Mit den oben genannten Freihandelsabkommen würden sich diese Regulierungs-
49 maßnahmen drastisch verändern: Für Hochschulen aller beteiligten Vertragsstaaten müssten
50 dann die gleichen Bedingungen gelten wie auch für deutsche Hochschulen. Es besteht die Gefahr,
51 dass private Hochschulen Staaten vor Schiedsgerichten auf Gleichbehandlung mit öffentlichen
52 Hochschulen verklagen könnten, sollten jene diesen die Eröffnung von Zweigniederlassungen
53 verwehren. Einer Privatisierung des Bildungssektors wird durch TTIP/CETA/TISA Vorschub geleis-
54 tet.

55

56 Dies kann dazu führen, dass die Hochschulen sich noch stärker auf die Maximierung ihres Profits
57 ausrichten müssen. Die Privatisierung der Hochschullandschaft lehnen wir ab, denn Bildung ist
58 für uns ein öffentliches Gut, zu dem der Zugang jedem Menschen offen stehen muss. Die bereits
59 jetzt eingesetzte Privatisierung des Bildungsmarktes, die sich im steigenden Anteil privater
60 Drittmittel an der Finanzierung der Hochschulen niederschlägt, kritisieren wir, da nicht gewähr-
61 leistet wird, dass sich der Einflussbereich der Unternehmen nicht weiter auf den Wissenschafts-
62 bereich ausbreitet. TTIP/CETA/TISA würden die vorhandene Dynamik der Ökonomisierung noch
63 verstärken. Dieser Prozess wird unweigerlich den sozial ungleichen Bildungszugang verstärken.
64 Die vorherrschende Elitenreproduktion wird damit noch weiter verschärft.

65

66 Sobald ein Handelsabkommen über reine Handelsfragen hinaus in die Kompetenz der Mitglied-
67 staaten eingreift, müssen es neben dem Europäischen Parlament auch die 28 Parlamente der
68 Mitgliedstaaten ratifizieren. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kommt zu dem
69 Schluss, dass das bereits abgeschlossen verhandelte CETA ein gemischtes Handelsabkommen sei
70 und somit die Zuständigkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten betreffe. Gerade bei Ratifizie-
71 rungsprozessen in den einzelnen Staaten wird die europäische Sozialdemokratie eine entschei-
72 dende Rolle einnehmen.

73

74 **Wir bleiben unversöhnlich - TTIP/CETA/TISA stoppen!**

75 Wir fordern, die Verhandlungen um TTIP und TISA unverzüglich abubrechen. Das CETA-
76 Abkommen in seiner jetzigen Form lehnen wir ebenso ab. Die beim Parteikonvent der SPD be-
77 schlossenen Positionen in das Abkommen zu verankern ist nicht möglich, da sich nachträgliche
78 Änderungen am konstitutiven Verhandlungsmandat bereits ausschließen lassen. Wir verurteilen,
79 dass Teile der SPD-Parteiführung den ohnehin zu kurz greifenden Parteikonventsbeschluss nicht
80 umsetzen und stattdessen für eine Annahme der Abkommen weitgehend ohne Änderungen wer-
81 ben.

82 Wir fordern alle Sozialdemokrat*innen in entsprechenden Positionen auf europäischer Ebene und
83 staatlicher Ebene dazu auf, darauf hinzuwirken, die Verhandlungen um TTIP/TISA abubrechen
84 und CETA abzulehnen!